



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
25.02.2015
- 3 Genehmigung einer außerplanmäßigen Aufwendung aufgrund der  
Betriebskostenabrechnung 2013 - Produkt Oberstufenzentren  
Vorlage: 15/SVV/0176  
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder  
Vorlage: 12/SVV/0468  
Fraktion DIE LINKE  
aus HA 21.01.15 -
- 4.2 Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der Stiftung Preußische  
Schlösser und Gärten  
Vorlage: 14/SVV/0374  
Fraktion CDU/ANW  
zur Erledigung  
neue Fassung vom 25.02.2015
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Bürgerdialog Garnisonkirche  
aus HA 25.02.2015 - Information nach Sitzung Stiftungsrat
- 5.2 Information über den aktuellen Stand der Umsetzung des  
Schulentwicklungsplanes  
gemäß Beschluss: 14/SVV/0940  
und  
Information über die Prüfung von Entlastungseffekten durch die Einbeziehung  
Freier Träger beim Bau und Betrieb von Schulen  
gemäß Beschluss: 14/SVV/0063 (Punkt 5)
- 5.3 Entwicklungsbereich Krampnitz - 7. Sachstandsbericht  
Vorlage: 15/SVV/0174  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.02.2015**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung werden folgende Änderungen vorgetragen:

- Herr Dr. Scharfenberg bittet unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ um eine Information zur Genehmigung der Bürgerschaftsübernahme zugunsten der Stadtwerke für das Bauvorhaben Sport- und Freizeitbad sowie zu Gesprächen der Stadt mit dem Landessportbund bzgl. der Nutzung des ehemaligen „Minsk“ als Kita.
- Herr Linke bittet um eine Information zu den Tarifverhandlungen der Diagnostik GmbH und zum Gesundheitscheck für Flüchtlinge.
- Herr Schubert beantragt, die Tagesordnungspunkten 5.2 – Umsetzung des Schulentwicklungsplanes und 5.3 – Entwicklungsbereich Krampnitz – 7. Sachstandsbericht, zurückzustellen und in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses aufzunehmen.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 12. Sitzung des Hauptausschusses vom 25.02.2015 gibt es keine Einwände; die Niederschrift wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

#### zu 3 **Genehmigung einer außerplanmäßigen Aufwendung aufgrund der Betriebskostenabrechnung 2013 - Produkt Oberstufenzentren** **Vorlage: 15/SVV/0176**

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Zu dieser Beschlussvorlage besteht kein Redebedarf, so dass sie zur Abstimmung gestellt wird:

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Für die Nachzahlung der Betriebskosten gemäß Betriebskostenabrechnung 2013 des Kommunalen Immobilienservice für die in kommunaler Trägerschaft befindlichen Oberstufenzentren der LHP**

wird der Mehraufwand i.H.v. 112.721,49 € im Produkt 23100 „Oberstufenzentren“ Sachkonto 5493909 periodenfremder ordentlicher Aufwand – Betriebskosten an KIS im Haushaltsjahr 2014 genehmigt.

Eine Deckung erfolgt durch die Inanspruchnahme einer Rückstellung. Diese ist im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 zu bilden. Die dafür erforderlichen außerplanmäßigen Zuführungen zu der Rückstellung werden durch Minderaufwendungen im Deckungskreis 2119 der „Mieten an KIS“ Produkt 21800 Sachkonto 5231500 Mieten an KIS im Haushaltsjahr 2013 gedeckt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

#### zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### zu 4.1 **Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder**

**Vorlage: 12/SVV/0468**

Fraktion DIE LINKE

aus HA 21.01.15 -

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass eine weitestgehend verbindliche Zeitschiene benannt werden sollte, bis wann die Schadstoffprüfung und die Angelegenheit generell abgeschlossen sein können.

Herr Scheffler führt dazu aus, dass Gespräche mit dem Verein stattgefunden haben und Einigkeit darüber erzielt wurde, bis Mitte des Jahres ein Ergebnis zu erzielen. Das Gutachten sei für Mitte April avisiert, so dass er vorschlägt, vor der Sommerpause erneut Bericht zu erstatten. Er bittet, diesen Bericht im nicht öffentlichen Teil geben zu können, da er davon ausgehe, auch über Vertragsinhalte informieren zu können.

Gegen den Vorschlag, in der Hauptausschusssitzung am 08.07.2015 wieder zu berichten, erhebt sich kein Widerspruch.

##### zu 4.2 **Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten**

**Vorlage: 14/SVV/0374**

Fraktion CDU/ANW

zur Erledigung

neue Fassung vom 25.02.2015

Der Oberbürgermeister erinnert an die in der letzten Hauptausschusssitzung geäußerte Bitte, sich zur neuen Fassung in den Fraktionen verständigen zu wollen.

Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass aus seiner Sicht der Antrag bis zur „Unkenntlichkeit“ verändert worden sei. Darüber hinaus soll erst im IV. Quartal 2016 ein Ergebnis vorgelegt werden; das halte er für sehr spät und plädiert für eine Information bis Ende des Jahres, über welche Veränderungen in diesem Zusammenhang nachgedacht werde.

Dem schließt sich Herr Linke an und betont, dass vor einer Befassung mit den Inhalten keine Beschlussfassung erfolgen sollte.

Herr Finken verweist auf mehrere dazu vorliegende Antworten auf Kleine Anfragen und spricht sich für eine erste Berichterstattung im Dezember 2015 aus.

Frau Krusemark verweist in ihren Ausführungen auf den bestehenden Pflegevertrag, der diesbezüglich keine Spielräume zulasse.

Anschließend wird die neue Fassung des Antrags mit der Ergänzung der Berichterstattung im Dezember 2015 zur Abstimmung gestellt:

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, neben den Inhalten der Zusammenarbeit mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten auch deren Formen, vor allem Art und Weise der Kooperation, in einer Rahmen- bzw. Kooperationsvereinbarung zu regeln. Bei der Erarbeitung und den Verhandlungen über diese Kooperationsvereinbarung sollen auch die Ergebnisse aus der Evaluierung des noch bis Ende 2018 befristeten Pflegevertrages mit der Stiftung sowie die Ergebnisse aus dem bis zum III. Quartal 2016 durchzuführenden Bürgerbeteiligungsverfahren einfließen. Die ersten Ergebnisse und Inhalte einer Kooperationsvereinbarung sollen spätestens im IV. Quartal 2016 im Hauptausschuss vorgestellt werden.**

**Ein erster Zwischenbericht wird in der Hauptausschusssitzung am 09. Dezember 2015 vorgelegt.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>15</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

## **zu 5            Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 5.1        Bürgerdialog Garnisonkirche aus HA 25.02.2015**

Der Oberbürgermeister informiert, dass in der Stiftungsratssitzung der Vorschlag, einen Bürgerdialog zum Thema Garnisonkirche führen zu wollen, wie in der letzten Hauptausschusssitzung angekündigt, vorgetragen worden sei. Dieser Vorschlag sei begrüßt und gleichzeitig signalisiert worden, sich in diesen Prozess aktiv einbringen zu wollen.

Nach dieser Zustimmung des Stiftungsrates sei man derzeit in der Terminabstimmung, werde es aber zeitlich nicht schaffen, vor Ostern eine erste Zusammenkunft zu organisieren. In der nächsten Hauptausschusssitzung werde er über mögliche Termine informieren und darüber, wie das Verfahren organisatorisch bewerkstelligt werden soll.

Herr Dr. Scharfenberg bittet, den Hauptausschuss dabei mit einzubeziehen und fragt, ob das Ziel, einen ergebnisoffenen Dialog führen zu wollen, im Stiftungsrat eine Rolle gespielt habe.

Herr Klipp, der für den Oberbürgermeister an der Stiftungsratssitzung teilgenommen hat, betont, dass er dafür sehr geworben habe. Er meine, seine Argumente haben Gehör gefunden und er habe den Stiftungsrat dafür gewinnen können. Obwohl es durchaus unterschiedliche Vorstellungen gebe, denkt er, wie geplant starten und sich im laufenden Dialog verständigen zu können.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Bereitschaft, sich zu „bewegen“ und die Bereitschaft zum Dialog wichtig seien.

- zu 5.2 Information über den aktuellen Stand der Umsetzung des Schulentwicklungsplanes gemäß Beschluss: 14/SVV/0940 und Information über die Prüfung von Entlastungseffekten durch die Einbeziehung Freier Träger beim Bau und Betrieb von Schulen gemäß Beschluss: 14/SVV/0063 (Punkt 5)**

**zurückgestellt**

- zu 5.3 Entwicklungsbereich Krampnitz - 7. Sachstandsbericht Vorlage: 15/SVV/0174**  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

**zurückgestellt**

- zu 6 Sonstiges**

Information zur Genehmigung der Bürgschaftsübernahme zugunsten der Stadtwerke für das Bauvorhaben Sport- und Freizeitbad

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf den in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschluss zur Bürgschaftsübernahme. Er habe nun zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Genehmigungsverfahren beim Land noch gar nicht eingeleitet worden sei.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Stadt bereits im Vorfeld Kontakt mit der Kommunalaufsicht aufgenommen habe, um zu klären, ob dieses angestrebte Verfahren genehmigungsfähig sei. Dies sei seitens des Landes unter drei Bedingungen bejaht worden. Das sei erstens ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Bürgschaftsübernahme – und diesen gebe es seit 28.01.2015; zweitens einen sogenannten Betrauungsakt, mit dem die Stadtwerke beauftragt werden, ein Bad neu zu bauen und zu betreiben. Dieser sei in Vorbereitung und werde der StVV für die Beschlussfassung am 01.04.2015 vorgelegt. Dritte Voraussetzung sei ein beschlossener Haushalt, der klar mache, die Stadt könne die notwendigen finanziellen Leistungen erbringen. Damit seien alle Forderungen, vorausgesetzt der Betrauungsakt werde am 01.04.15 beschlossen, erfüllt.

Frau Gruß erläutert ergänzend, dass die Bürgschaft auch deshalb noch nicht bei der Kommunalaufsicht zur Genehmigung eingereicht worden sei, weil neben den genannten auch noch weitere Unterlagen beizubringen und damit ein „ganzes Paket geschnürt“ werden müsse. Sobald alle Voraussetzungen erfüllt seien, werde dieses „Paket“ der Kommunalaufsicht vorgelegt.

Gespräche der Stadt mit dem Landessportbund bzgl. der Nutzung des ehemaligen „Minsk“ als Kita.

Der Oberbürgermeister bestätigt, dass die Stadt mit dem Landessportbund im Gespräch sei, d. h. ein Gespräch habe bereits stattgefunden und diese werden auch fortgesetzt.

Information zu den Tarifverhandlungen der Diagnostik GmbH

Der Oberbürgermeister führt aus, dass ein entsprechender Vertrag geschlossen wurde. Damit werde eine Tarifangleichung bis zum Jahr 2018 angestrebt. Momentan seien 2 Stufen – jeweils eine für 2015 mit einer Angleichung von 80%

und 2016 von 87 % der im Klinikum geltenden Tabelle vereinbart. Ab 2016 werden die weiteren Angleichungen neu verhandelt.

Herr Linke merkt an, dass dieses Ergebnis nicht dem Beschluss des Hauptausschuss entspreche und er eine Erfüllung der Tarifangleichung bis 2018 nicht als gesichert sehe.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass der Rahmen eingehalten worden sei und man jetzt noch gar nicht sagen könne, welche Ergebnisse die weiteren Verhandlungen ergeben. Außerdem haben sich hierzu zwei Tarifpartner geeinigt und dies sei zu akzeptieren. Er verweist im Weiteren darauf, dass ab dem 12.03.2015 die Verhandlungen bzgl. der Auszubildenden aufgenommen werden und danach die für das gesamte Klinikum.

#### Gesundheitscheck für Flüchtlinge

Herr Linke führt aus, dass in der Anlaufstelle in Eisenhüttenstadt angeblich der Gesundheitscheck und auch Impfungen wegen der Vielzahl der Flüchtlinge nicht mehr gewährleistet werden können. Er fragt nach Informationen zum Sachstand und nach den zu erwartenden Kosten.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass das seiner Meinung nach der Gesundheitscheck gesichert und auch keine Erkrankung von Flüchtlingen bekannt sei. Er verweist auf die Forderung der Oberbürgermeister und Landräte nach finanzieller Beteiligung des Landes auf dem Flüchtlingsgipfel. Trotzdem wolle er das prüfen lassen. Er bittet Herrn Hülsebeck, diese Frage schriftlich zu beantworten und gleichzeitig darzulegen, wie sich der Sachstand bzgl. der veränderten Aufnahmekapazitäten insgesamt darstelle.

Herr Fröhlich informiert, dass er dazu eine Kleine Anfrage gestellt habe und in der Beantwortung eine Mitteilungsvorlage für die nächste Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion angekündigt worden sei, die sicher auch dem Hauptausschuss zur Kenntnis gegeben werden könne.